



BBI nimmt Gestalt an

Das BBI-Projekt hat in diesem Jahr so richtig Fahrt aufgenommen: Seit mehr als 1.000 Tagen wird gebaut, die Bauarbeiten sind im Plan und die Finanzierung steht. Und die Baustelle ist schon heute ein regelrechtes Sonderkonjunkturprogramm für die Region Berlin-Brandenburg. Ein Überblick über die Entwicklung auf der BBI-Baustelle auf

Seite 2



Gemeinsames Wohnen im Alter

Gemeinschaftliche Wohnformen sind eine gute Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Sie entsprechen den Wünschen vieler Menschen nach selbstbestimmtem Wohnen und sozialen Kontakten im Alter und haben darüber hinaus das Potenzial, eine ganze Nachbarschaft aufzuwerten. Von Ulker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin

Seite 4



Krise meistern – Konjunktur stützen – Zukunft gestalten

Der Senat hat den Entwurf des Doppelhaushalts für 2010/2011 verabschiedet. Es ist einerseits ein Haushalt, der den Anforderungen der Krise genügen muss. Andererseits gilt es, politische Schwerpunkte deutlich zu machen. Von Dr. Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen

Seite 5

■ *Wussten Sie schon ...*

... dass das Land Berlin im Rahmen des Konjunkturpakets II bereits 366 Maßnahmen mit einem Volumen von 370 Mio. Euro begonnen hat? Damit sind Projekte im Umfang von mehr als der Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel begonnen worden. Insgesamt stehen in den kommenden zwei Jahren 632 Mio. Euro, mit einem Eigenanteil Berlins von 158 Mio. Euro, für Investitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Gerade auch kleine und mittlere Berliner Unternehmen profitieren von der Vielzahl der Aufträge.

EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Thema Bildung ist und bleibt einer der zentralen Schwerpunkte unserer Arbeit. Auch im bevorstehenden Doppelhaushalt 2009/10 wird dies erneut bekräftigt. Dieser Haushalt stärkt nicht nur Berliner Kitas, Schulen und Hochschulen finanziell: Mit der Erweiterung der Beitragsfreiheit der Kitas, der Schulstrukturreform und dem Start der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung werden strukturelle Weichenstellungen vorgenommen.



Die Schulstrukturreform hat mit der Zustimmung durch den Senat eine weitere wichtige Hürde genommen. Künftig soll es in Berlin – als einem der ersten Länder – nur noch zwei Schularten geben: die neue Integrierte Sekundarschule und das Gymnasium. Beide verbleibenden Schularten sind gleichwertig, wenn auch nicht gleichartig. Neu an den Gymnasien ist: In 70 Prozent der Fälle entscheidet die Schulleitung über die Aufnahme in einem Verfahren, das an Leistung, Schulprofil und Härtefallregelungen orientiert ist, und das Abitur wird nach zwölf Jahren abgelegt. Auch an den Sekundarschulen kann das Abitur nach 13 Jahren erreicht werden. Verstärkt wird in der Sekundarschule der leistungsdifferenzierte Unterricht, und ausreichend Platz wird im Unterricht die individuelle Förderung einnehmen.

Die Abschaffung der Hauptschule und der Schritt in die Zweigliedrigkeit werden vorbildhaft für die Bildungslandschaft in Deutschland werden.

Michael Müller
Fraktionsvorsitzender

BBI nimmt Gestalt an – 2.754 Beschäftigte bauen an der Zukunft

Europas größte Flughafenbaustelle ist inzwischen mehr als 1.000 Tage alt. 1.000 Tage, in denen sich auf der Baustelle für den neuen Hauptstadt-Airport BBI viel getan hat. Grund genug für die SPD-Fraktionen Berlin und Brandenburg, sich vom Fortschritt der Bauarbeiten vor Ort ein Bild zu machen. Beide Fraktionen erörterten gemeinsam vor Ort mit Flughafenchef Dr. Rainer Schwarz und BBI-Geschäftsführer Manfred Körtgen den aktuellen Stand der Bauarbeiten und der Finanzierung.

Die Dimensionen des Projekts sind gewaltig: 2.000 Fußballfelder ist die Baustelle groß, rund 3.000 Bauarbeiter sind in diesem Jahr auf der Baustelle beschäftigt. Erste Bauabschnitte wurden bereits fertiggestellt, mit dem Bau des BBI-Bahnhofs und dem Baubeginn des BBI-Terminals im Juli 2008 konnten zwei wichtige Meilensteine erreicht werden. Und: In diesem Jahr erhält der BBI sein Gesicht. Im Spätsommer wird der Rohbau des Terminals fertiggestellt, danach beginnen die Bauarbeiten für die Gebäudehülle.

Die neueste Arbeitsstättenenerhebung zeigt die enorme Bedeutung der Berliner Flughäfen für die Hauptstadtregion. Die Airports sind als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor nicht wegzudenken. 17.785 Menschen arbeiten auf den Berliner Flughäfen, davon alleine 2.754 Beschäftigte auf der BBI-Baustelle. Jeden Tag zwei neue Arbeitsplätze, seit der letzten Arbeitsstättenenerhebung 2006 insgesamt 2.266 neue Jobs und jede Menge wirtschaftliche Impulse für die gesamte Hauptstadtregion.

Ein Plus von 6.800 Arbeitsplätzen

Neben den direkt Beschäftigten an den Berliner Flughäfen und beim Bau des BBI profitiert auch die ganze Region Berlin-Brandenburg von der dynamischen Entwicklung auf den Berliner Flughäfen. Die Studie „Wirtschaftliche Effekte des Airports Berlin-Brandenburg International BBI“ von Prof. Herbert Baum, Institut für Verkehrswissenschaft der Universität Köln, aus dem Jahr 2005 ist analog zur aktuellen Arbeitsstättenenerhebung 2009 aktualisiert worden und zeigt: Die Berliner Flughäfen und der Bau des BBI stellen einen zentralen Wirtschaftsfaktor für die Region



Machen Sie sich mit eigenen Augen ein Bild vom aktuellen Stand der BBI-Bauarbeiten. Der BBI-Infotower hat täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet und ist ohne Voranmeldung zu besichtigen. Der Eintritt kostet zwei Euro, ermäßigt einen Euro. Die 32 Meter hoch gelegene Aussichtsplattform kann über die Wendeltreppe oder den Aufzug erreicht werden.

dar. Nach der Studie aus dem Jahr 2005 lag der Gesamtbeschäftigungseffekt der Berliner Flughäfen bei rund 33.600 Arbeitsplätzen. Die Aktualisierung der Studie zeigt, dass der Gesamtbeschäftigungseffekt der Berliner Flughäfen 2009 bereits bei 40.400 Arbeitsplätzen liegt. Das bedeutet ein Plus von 6.800 Arbeitsplätzen seit April 2004. Der BBI wird also schon in der Bauphase seiner Rolle als Wirtschaftsmotor der Region gerecht. Die Baustelle ist heute schon ein regelrechtes Sonderkonjunkturprogramm für die Region Berlin-Brandenburg.

Finanzierung steht

Und zwei weitere wichtige Entscheidungen für den neuen Hauptstadt-Airport BBI sind

gefallen: Die Europäische Kommission hat grünes Licht für die 100-prozentige Bundesländer-Bürgschaft zur BBI-Finanzierung gegeben. Mit der Bürgschaft sichern Berlin, Brandenburg und der Bund die Kreditlinie für das wichtigste Verkehrs- und Zukunftsprojekt der deutschen Hauptstadtregion. Darüber hinaus wurde mit einem Konsortium aus sieben deutschen Banken und der Europäischen Investitionsbank die derzeit größte Infrastrukturfinanzierung in ganz Europa abgeschlossen. Die Gesamtsumme liegt bei 2,4 Milliarden Euro. Die BBI-Finanzierung steht. Ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Hauptstadtflughafen.

Informationen erhalten Sie unter:
www.berlin-airport.de/DE/BBI



Einen hervorragenden Blick auf die Baustelle für das neue Terminal, auf der sich etwa 40 Kräne drehen, hatten die Fraktionsvorsitzenden Michael Müller und Günther Baaske sowie die Parlamentarier bei ihrem Besuch vom BBI-Info-Tower.

Tempelhof auf gutem Weg

Von Fritz Felgentreu, stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Fritz Felgentreu

Am 2. Juli konnte ich über die Modemesse bread & butter im ehemaligen Tempelhofer Flughafen gehen. Es war beeindruckend, wie die Messe das Gebäude mit neuem Leben füllte. So ein munteres Rein und Raus, so viele Menschen auf einmal hat der Flughafen in den letzten zwanzig Jahren nicht gesehen. Die Rückkehr von bread & butter hat die Phantasie freigesetzt und gezeigt, welche Möglichkeiten dieses Bauwerk bieten kann.

Das Gegenbild kam von der autonomen Szene. Eine Serie von Brandanschlägen gegen Autos macht den Berlinerinnen und Berlinern und der Polizei zu schaffen. Die Anschläge ordnen sich ein in eine Debatte über Gentrifizierung – also die Verdrängung armer Leute aus bestimmten Stadtteilen. Auch die am 20. Juni von der Polizei verhinderte Besetzung des Tempelhofer Feldes war als Protest gegen Gentrifizierung gedacht. Die militanten Autonomen kritisieren etwas, das eigentlich ein Grund zur Freude ist – nämlich dass das Leben in der Nähe des Tempelhofer Feldes sauberer, ruhiger, sicherer, kurz: attraktiver geworden ist.

Aber von dieser neuen Attraktivität geht keine Gefahr für die angrenzenden Wohngebiete aus. Das Mietrecht sorgt auch in Zukunft für stabile Mieten. Nach dem Mietpiegel bleiben die an Tempelhof angrenzenden Gebiete einfache Wohnlagen. Mieten wie in Teilen von Prenzlauer Berg, wo ein Austausch der Bevölkerung stattgefunden

hat, können hier nicht verlangt werden. Nur bei Neuvermietungen können Eigentümer versuchen, Mieter auch zu deutlich höheren Mieten zu finden. Ob ihnen das gelingt, wird sich zeigen – zurzeit sieht es nicht danach aus. Wer einfach in seiner Wohnung bleibt, ist vor großen Mietsprüngen jedenfalls sicher.

Mittelfristig wird die Öffnung des Geländes neue Erholungsflächen erschließen – zum Vorteil der Menschen. Luxusquartiere sind nicht geplant. Stattdessen werden sich die künftigen Wohnquartiere auf dem Tempelhofer Feld positiv auf die bestehenden Gebiete auswirken. Sie werden die soziale Mischung bunter und ausgewogener machen und dem Zusammenleben neue Impulse geben. Deshalb bleibt die Einstellung des Flugbetriebs ein Grund zur Freude. Es wird allerdings Zeit, dass von dieser Freude schon jetzt etwas mehr bei den Berlinerinnen und Berlinern ankommt – z. B. indem der Senat nutzbare Teile des Geländes schrittweise zugänglich macht.

Wirtschaft: Wachstum und soziale Gerechtigkeit

Von Jörg Stroedter, MdA

In den letzten Wochen hat Berlin mit einer Vielzahl von Projekten im Rahmen des Konjunkturpaketes II begonnen. Mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden 632 Millionen Euro in den Bereichen Bildung und Infrastruktur sind bereits gebunden und lösen zahlreiche Aufträge für die Berliner Wirtschaft aus. Durch die zügige Umsetzung der Maßnahmen leistet die Berliner Politik einen wichtigen Beitrag zur schnelleren Belebung der Konjunktur und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in unserer Stadt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren von diesen Aufträgen.

Doch die aktuelle Krisensituation erfordert nicht nur Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft, sondern es ist darüber hinaus auch notwendig, sich mit den Ursachen der Krise auseinanderzusetzen und klare Konsequenzen zu ziehen. Den Kräften des Marktes müssen neue Regeln und Grenzen gesetzt werden. Als mittelständischer Unternehmer und Vorsitzender des Arbeitskreises

Wirtschaft der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist es mir wichtig zu verdeutlichen, dass Unternehmer eine soziale Verantwortung haben und viele sie auch wahrnehmen. Ein zentrales Thema in diesem Zusammenhang ist die Einführung eines Mindestlohns, denn die Menschen müssen von ihrer Arbeit auch leben können. Ebenso selbstverständlich sollte sein, dass Frauen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten.

Starke Schultern müssen sich künftig mehr an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beteiligen. Das Prinzip „Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren“ muss ein Ende haben. Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer sind deshalb richtige und wirtschaftlich vertretbare Maßnahmen. Die Trockenlegung von Steuererosen ist ebenso notwendig wie die Begrenzung von Managergehältern.

An den Finanzmärkten müssen durch die Politik klare Regeln vorgegeben werden. Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Ein „Weiter so“ kann es hier nicht geben. Gefragt sind jetzt wirtschaftliche Kompetenz und soziale Gerechtigkeit. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen – nicht die Gier nach maximalem Profit.



Jörg Stroedter, MdA, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Technologie und Frauen

Gemeinsames Wohnen im Alter

Von Ülker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin



Ülker Radziwill

Neue Wohnformen eröffnen vielfältige Möglichkeiten, das zeigte die Veranstaltung der SPD-Fraktion „Gemeinsam wohnen im Alter“ im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Senatorin für Stadt-

entwicklung Ingeborg Junge-Reyer und der ehemalige Bremer Bürgermeister Dr. Henning Scherf berichteten über ihre eigenen Erfahrungen in ihren Wohngemeinschaften. Gemeinsames Wohnen erleichtert gegenseitige Unterstützung und Austausch im Alltag und ist somit eine Form praktischer Solidarität, die in Berlin mit seiner großen Zahl an Einpersonenhaushalten von besonderer Bedeutung ist. Wie sich Konflikte mit Humor umschiffen lassen, beweist die Wohngemeinschaft der Senatorin, deren virtueller Mitbewohner „Herbert“ zeitweise die Schuld für alle kleineren Ärgernisse des Zusammenlebens auf sich nahm. Dr. Henning Scherf, der mit seiner Frau und vier anderen älteren Menschen in einer Hausgemeinschaft zusammenlebt, machte Mut, sich über alternative Lebens- und Wohnformen im Alter Gedanken zu machen. Wichtige Fragen nicht auszuklammern, bewusst zu planen, wie das

Leben im Alter für einen selbst aussehen soll, dazu regte die Veranstaltung an.

Den demografischen Wandel zu gestalten, ist eine Aufgabe vorausschauender Stadtpolitik. Es gilt, die ältere Generation als wichtige Kraft und unverzichtbaren Teil der Gesellschaft anzuerkennen und einzubeziehen. Wir wollen die positive Dynamik des demografischen Wandels nutzen, um neue Formen der Solidarität und des Miteinanders auch zwischen den Generationen zu fördern. Ein zentrales Thema dabei ist das Wohnen. Ältere Menschen können und wollen so lange wie möglich selbstbestimmt wohnen und leben. Seit einigen Jahren etablieren sich neben den traditionell ausgerichteten Wohnformen im Alter neue, gemeinschaftliche Ansätze. Engagierte Bürgerinnen und Bürger schließen sich zu Wohnprojekten zusammen und entwickeln Wohnformen, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen. Berlin ist so zu einer Kreativwerkstatt für das Wohnen im Alter geworden.

Viele Initiativen und Anbieter haben sich in der „Berliner Initiative Wohnen im Alter“ zusammengeschlossen, die der Senat koordiniert. Die Informations- und Beratungsstelle „Generationsübergreifendes Wohnen“ und die Berliner „Koordinierungsstellen rund ums Alter“ sind zentrale Anlaufstellen,

die bei der Auswahl einer geeigneten Wohnform unterstützen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sind gemeinschaftliche Wohnformen eine gute Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Sie entsprechen den Wünschen vieler Menschen nach selbstbestimmtem Wohnen und sozialen Kontakten im Alter und haben darüber hinaus das Potenzial, eine ganze Nachbarschaft aufzuwerten. Gemeinschaftliches Wohnen eröffnet somit Chancen für die Beteiligten und für ihren Kiez. Unser Ziel ist es, geeignete Räume für gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Es darf keine Frage des Geldbeutels sein, ob man sich gemeinschaftliches Wohnen leisten kann. Gerade Menschen mit geringem Einkommen können davon profitieren, wie Dr. Scherf aus Bremen berichtete, wo er Wohnprojekte für Sozialhilfeempfänger/-innen initiierte. Solche Projekte wollen wir auch in Berlin fördern. Die Wohnungsbaugesellschaften haben die wichtige Aufgabe, Wohngemeinschaften bezahlbaren Wohnraum zur Miete anzubieten. Berlin ist durch sein breites und vielfältiges Angebot an Wohnformen, Infrastrukturen, sozialen und kulturellen Einrichtungen ein idealer Standort für das Wohnen im Alter. Wir wollen dazu beitragen, Berlin noch attraktiver zu machen.

„Wandel durch Annäherung“ – Egon Bahr zu Gast in der SPD-Fraktion

Der Fall der Berliner Mauer und die Friedliche Revolution jähren sich in diesem Jahr zum 20. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums berichtete der frühere Berliner Senatssprecher, Willy Brandt-Vertraute, Bundesminister und Ehrenbürger Berlins, Egon Bahr, im Rahmen einer Fraktionssitzung über die Zeit rund um den 9. November 1989, die Zeit des Mauerfalls.

Mit Blick auf den Mauerfall vor rund 20 Jahren erinnerte Egon Bahr daran, dass kein Westdeutscher die Mauer erklommen hat, sondern es die Ostdeutschen waren. „Darauf können die Ostdeutschen stolz sein“, führte er aus. „Für Berlin gehört das Ende der Berliner Mauer zu den wohl glücklichsten Ereignissen der jüngeren und jüngsten Geschich-

te. Keine andere europäische Metropole hat in den vergangenen 20 Jahren so tiefgreifende Veränderungen erlebt wie Berlin. Keine war so aufregend und ist so interessant wie Berlin. Ganz wesentlich ist natürlich, dass hier zwei Teile einer Stadt, die verschiedene Lebensbedingungen hatten, zu einer Stadt zusammenwachsen. Berlin ist auf einem gutem Weg, muss aber mehr für eine gemeinsame Identität leisten“, so Egon Bahr.

„Wandel durch Annäherung“ lautete das Motto der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Die Formulierung wurde 1963 von Egon Bahr (SPD) geprägt, dem damaligen Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin.



Michael Müller und Egon Bahr

Krise meistern – Konjunktur stützen – Zukunft gestalten

Von Dr. Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen



Dr. Ulrich Nußbaum

Der Senat hat am 7. Juli meinen Entwurf des Doppelhaushalts für 2010/2011 verabschiedet. Es ist einerseits ein Haushalt, der den Anforderungen der Krise genügen muss. Andererseits gilt es, politische Schwerpunkte deutlich zu machen – auch damit die Berlinerinnen und Berliner im Herbst 2011 eine gute Wahlentscheidung treffen können.

2 Milliarden Euro weniger Einnahmen pro Jahr

Uns brechen die Einnahmen weg. Nach der derzeitigen Prognose werden uns weit über zwei Milliarden Euro jährlich weniger zur Verfügung stehen. Das liegt einerseits an der Konjunktur, wegen der viele Menschen ein geringeres Einkommen und viele Unternehmen niedrigere Gewinne haben – deshalb sinken die Steuereinnahmen. Andererseits liegt es aber auch daran, dass auf der Bundesebene Steuersenkungen beschlossen worden sind. Über 500 Millionen Euro fehlen dem Landshaushalt alleine in diesem Jahr, weil der Bund das Steuerrecht geändert hat. Dieser Steuerausfall bleibt auch dann bestehen, wenn sich die Konjunktur erholt hat. Wir müssen jetzt Schulden im Landshaushalt aufnehmen, um die Steuer-

ausfälle zu kompensieren. In der Krise muss der Staat Stabilität beweisen, damit sichere Rahmenbedingungen bestehen und Vertrauen bestehen bleibt.

Anderer Steuerpolitik notwendig

Wir brauchen aber auch eine andere Steuerpolitik für die Bundesrepublik. Die Senkung der Steuerquote kann nicht oberstes Ziel der Politik sein. Von den Steuersenkungen der Vergangenheit haben vor allem die Unternehmen profitiert, während die öffentlichen Haushalte weitere Schulden aufnehmen mussten, um den öffentlichen Aufgaben nachkommen zu können: Einerseits sind viele Menschen darauf an-

gewiesen, dass ein handlungsfähiger, solidarischer Staat sie in einer schwierigen Lebenslage unterstützt. Andererseits profitieren wir alle davon, wenn das demokratische Gemeinwesen attraktive Dienstleistungen anbietet. Jedem nutzen gute Schulen und Hochschulen, funktionierende Kultureinrichtungen, eine leistungsfähige Polizei und Justiz, Straßen ohne Schlaglöcher und ein gut organisierter öffentlicher Nahverkehr.

Wir können aber Defizite hier und dort nicht mehr durch zusätzliche Ausgaben kompensieren. Der Bund hat den Ländern auferlegt, ab 2020 den Staatshaushalt grundsätzlich ohne neue Schulden aufzustellen. Die schnell wachsenden Zinslasten engen unsere ohnehin geringen Spielräume immer weiter ein. Deshalb müssen wir stärker als bisher die staatlichen Strukturen an veränderte Bedingungen anpassen und Schwerpunkte setzen. Wir sind mit dem Doppelhaushalt auf einem guten Weg.

Schwerpunkte setzen – Kitas, Schulen, Hochschulen

Für die Kleinen in unserer Mitte bauen wir die Kitas stärker aus. Kitas bekommen immer mehr einen Bildungsauftrag, damit

eine bessere Grundlage für eine gute Schulausbildung bei allen Kindern geschaffen wird. Bei den Schulen geben wir zusätzlich Geld aus für eine Verbesserung der Strukturen. Wir stellen sicher, dass die Schulgebäude hervorragend saniert werden – das nutzt auch den Handwerksbetrieben in Berlin. Die Mittel des Konjunkturpakets II kommen vor allem Berliner Unternehmen zugute. Die Hochschulen bekommen massiv zusätzliche Mittel, damit mehr Menschen studieren können, die Lehre verbessert wird und Forschung zu mehr Innovationen führt – wovon wir schließlich alle profitieren. Für die Krankenhausstruktur in Berlin geben wir sehr viel Geld aus, weil uns die Patienten, die Mitarbeiter und die Wissenschaft etwas wert sind. Hier ist der strukturelle Ansatz besonders wichtig: Ohne ein Gesamtkonzept, in dem auch dargelegt wird, worauf künftig verzichtet werden soll, können wir nicht einfach nur zusätzliche Steuermittel ins System geben.

Einigung mit den Bezirken

Es ist mir gelungen, im Vorfeld des Senatsbeschlusses mit den Bezirken eine Einigung über die Finanzierung ihrer Aufgaben zu erzielen. Nicht nur wegen der Wirtschaftskrise, sondern auch, weil sich die Stadt verändert, erhöhen sich die Sozialausgaben. Hier muss es uns in der Zukunft gelingen, mit einer besseren Steuerung dafür zu sorgen, dass Mittel effektiver eingesetzt werden. Dabei darf es nicht darum gehen, Bedürftigen ihre Rechtsansprüche wegzunehmen. Ich glaube, dass es viele Möglichkeiten gibt, mit weniger Geld mehr für die einzelnen Leute herauszuholen, wenn man die Strukturen infrage stellt. Das Thema heißt „Steuerung“. Wenn man miteinander redet, kann man dort viel erreichen.

Jetzt werden die Abgeordneten, die die politische Situation vor Ort und in ihrem Fachgebiet sehr genau kennen, noch Verbesserungen in den Haushaltsplan einbauen und Nachjustierungen vornehmen; abschließend wird im Dezember entschieden. Ich freue mich auf die parlamentarischen Beratungen.

Den Datenschutz im Fokus behalten

Von Andreas Kugler, Sprecher für Datenschutz



Andreas Kugler

Lange wurde der Datenschutz als letzte Hürde vor der Einführung einer sinnvollen Maßnahme empfunden und führte in der öffentlichen Wahrnehmung ein Schattendasein. Seit bekannt wurde, dass bei Lidl in 500 Filialen die Mitarbeiter per Kamera überwacht, bei der Deutschen Bahn die Stammdaten von rund 220.000 Mitarbeitern und bei der Telekom die Bankverbindungen von rund 136.000 Mitarbeitern mit denen von Lieferanten abgeglichen wurden, ist der Schutz unserer Daten in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Dies muss auch so bleiben!

Nicht der Grund für den Abgleich der Daten ist verwerflich. Die Aufdeckung von Korruption und Vetternwirtschaft ist gut und richtig. Nur dürfen Arbeitgeber dabei nicht ihre Grenzen überschreiten und Maßnahmen durchführen oder durchführen lassen, die in unserem Rechtssystem aus gutem Grund

der Staatsanwaltschaft vorbehalten sind. Es scheint ein Umdenken in den Führungsetagen der Unternehmen gegeben zu haben mit dem Kern, dass das Ergebnis die Mittel rechtfertigt. Es ist deshalb höchste Zeit, nun endlich ein umfassendes Datenschutzrecht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuführen. Auch während der Arbeit haben Menschen ein Anrecht auf die Respektierung eines Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Daneben sind die Strukturen des Datenschutzes zu stärken, um diesem Willen Ausdruck zu verleihen.

Berlin hat in den vergangenen Jahrzehnten eine führende Rolle im Datenschutz erworben, sie zu erhalten ist unser Ziel. Die gewachsenen technischen Möglichkeiten der Unternehmen erfordern eine Anpassung der Strukturen beim Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Bln BDI). Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen werden. Auch der Bln BDI wird vor dem Hintergrund der weiterhin schwierigen Finanzlage des Landes Berlin durch Effektivierung und Schwerpunktsetzung seinen Teil dazu beitragen, dass unsere Stadt auch in Zukunft eine führende Rolle beim Datenschutz einnimmt.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, den Datenschutz zu einem Qualitätsmerkmal für Unternehmen zu entwickeln, denn Datenschutz ist auch immer Kundenschutz!

Kurzmeldungen

3 Fraktionsmitglieder kandidieren für den Bundestag

Als Direktkandidat für den Wahlkreis Reinickendorf kandidiert Jörg Stroedter. Jörg Stroedter ist Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Technologie und Frauen in der Fraktion und seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Für Neukölln kandidiert Dr. Fritz Felgentreu als Direktkandidat für die Bundestagswahl am 27. September 2009. Seit 2001 gehört er dem Berliner Abgeordnetenhaus an und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und rechtspolitischer Sprecher. Und auf Platz 9 der Landesliste kandidiert die sozialpolitische Sprecherin Ülker Radziwill, die seit 2001 Mitglied der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist.

Neue Sprecherin:



Ulrike Neumann ist neue frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die 64-jährige Abgeordnete aus Steglitz-Zehlendorf ist seit 1991 Mitglied des Abgeordnetenhauses und auch Leiterin der Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion.

Sie erreichen Frau Neumann unter: ulrike.neumann@spd-berlin.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, 10111 Berlin, Tel.: (030) 23 25 22 22, Fax: (030) 23 25 22 29, E-Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de, Internet: www.spdfraktion-berlin.de
ViSdP: Christian Gaebler (Parlamentarischer Geschäftsführer)

Redaktion: Andreas Schwager

Realisierung: mattheis-werbeagentur.de; Druck: Eggersdorfer Druck- und Verlagshaus; Auflage: 5.000
FraktionDirekt ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin.
Die Abgabe erfolgt kostenlos.